

Schweiz



Heute können sie wieder lachen: Die Schauspielerin Natacha Koutchoumov und ihr autistischer Sohn Elias. Foto: Niels Ackermann (Lundi 13)

Plötzlich schlug ihr Sohn seinen Kopf gegen Wände

Misshandlungen Drei Jahre nachdem die Schauspielerin Natacha Koutchoumov Misstände in einem Genfer Heim für autistische Kinder anprangerte, kommt nun alles ans Licht.

Philippe Reichen, Genf

Ihre Freude ist riesig. Ihre Emotionen müssen jetzt einfach raus. Nach sechs Jahren Pause steht Natacha Koutchoumov endlich wieder auf der Theaterbühne. Die 46-Jährige strahlt. Beruflich läuft es ihr gerade richtig gut. Dank erfolgreicher Produktionen ist das Theater Comédie de Genève, das sie als Co-Direktorin leitet, über Genf hinaus bekannt.

Privat haben Natacha Koutchoumov und ihr Ehemann Gabor hingegen schwere Zeiten hinter sich. 2018 vertrauten sie ihren autistischen Sohn Elias in Genf der medizinisch-pädagogischen Spezialeinrichtung Mancy an. Der 14-Jährige spricht nicht. Sie hofften, er würde sich im Heim weiterentwickeln und Möglichkeiten finden, sich besser auszudrücken. Doch es kam alles anders. Elias zog sich noch mehr in seine Welt zurück. Plötzlich schlug er seinen Kopf gegen Wände. Die 46-jährige Theaterfrau ist sich heute sicher: Elias und andere Kinder sind im Heim geschlagen worden. Sie sagt: «Ich bin bestürzt und richtig angewidert.»

Stundenlang eingesperrt

Wie Natacha Koutchoumov haben auch schon andere Eltern über körperliche Misshandlungen in Mancy berichtet. Über Kinder, die in ihren eigenen Exkrementen liegen gelassen worden seien, denen man das Essen entzog oder die man stundenlang in ihrem Zimmer einsperrte. Bekannt wurde auch der Fall eines Mädchens, das ins Spital eingeliefert werden musste, weil ihm Beruhigungsmittel in einer viel zu hohen Dosis verabreicht wurde, worauf es in Lebensgefahr schwebte.

2019 äusserte Natacha Koutchoumov erstmals den Verdacht, dass im Heim Mancy einiges im Argen lag. Es war mitten im Hochsommer, als sie sich ans Bildungsdepartement des Kantons Genf wandte. In der E-Mail, die dieser Redaktion vorliegt, schreibt die Künstlerin: «Im Heim ist es 29 Grad heiss; die Kinder zerstören wegen ihrer Behinderungen die Ventilatoren; es fehlen geeignete Möbel und Spielsachen; es

«Im Heim ist es 29 Grad heiss; die Kinder zerstören wegen ihrer Behinderungen die Ventilatoren.»

Natacha Koutchoumov
Mutter von Elias

herrscht ein akuter Personalmangel; die Betreuer sind überlastet, und es gibt keine fixen Strukturen und Abläufe, die doch gerade autistische Kinder grundlegend nötig haben. Mein Sohn Elias trägt inzwischen Tag und Nacht einen Baseballhelm und fügt sich wegen der Zustände im Heim derart schwerwiegende Wunden zu, dass er zwei- bis dreimal pro Woche in eine Vollnarkose versetzt werden muss, um die Wunden pflegen zu können.»

Elias bringe sich jeden Tag in Lebensgefahr. Sie habe ernsthaft Angst um seine Sicherheit, auch wegen der Panik seines Betreuungsteams, warnte Natacha Koutchoumov die Behörden. «Es gab

nach der E-Mail zwar einen Austausch, aber konkret verändert wurde nichts», sagt sie.

Erst vor wenigen Tagen kamen die Dinge ins Rollen. Dann dafür richtig. Die Genfer Staatsanwaltschaft teilte in einem Communiqué mit, sie haben wegen möglicher Misstände im Heim Mancy ein Strafverfahren eröffnet. Die Polizei habe im Heim Beweismittel gesucht und drei Mitarbeiter in Gewahrsam genommen und gleichzeitig befragt. «Sie werden beschuldigt, einer Bewohnerin Medikamente verabreicht zu haben, die ihr nicht verschrieben worden waren, was ihre Gesundheit oder sogar ihr Leben gefährdete», teilte die Staatsanwaltschaft mit. Die Justiz griff ein, nachdem die Zeitung «Le Temps» über Misstände berichtet und der Genfer Kantonsrat sich entschieden hatte, die Angelegenheit zu untersuchen.

«Endlich werden die Dinge untersucht!», sagt Natacha Koutchoumov erleichtert. Für sie ist klar: «Der Staat hat versagt. Die Justiz muss jetzt ihre Arbeit machen. Ich habe krasse Mängel auf allen Ebenen feststellen können, und die Gesten meines Sohnes lassen nur einen Schluss zu: Er wurde körperlich misshandelt.» Für Natacha Koutchoumov sind die Zeichen mehr als klar. Als sie und ihr Ehemann Elias 2020 kurzerhand aus dem Heim zu sich nach Hause nahmen, erwachte der 14-Jährige bereits in der ersten Nacht in den frühen Morgenstunden, kauerte auf dem Boden der Wohnung und hielt sich die Hände samt geballter Fäuste vors Gesicht, als müsste er sich gegen Schläge wehren. Das Problem ist: Was Elias passiert ist, wird er nie in Worte fassen und genau schildern können.

Ihrem Sohn gehe es heute besser, sagt Natacha Koutchoumov. Elias lebt jetzt wieder bei seiner Familie, geht tagsüber in eine Spezialschule und wird morgens und abends von spezialisiertem Personal betreut. Natacha Koutchoumov erwartet, dass die Justiz ihre Arbeit gründlich mache. Sie sagt: «In diesem Fall ist es für einige Akteure wichtiger, ihre eigene Haut zu retten und andere Schuldige zu suchen, anstatt die betroffenen Familien und Kinder zu begleiten.» Der Bund müsse dafür sorgen, dass es für Institutionen für Kinder mit Behinderungen schweizweit gleiche Standards geben müsse. Es dürfe nicht sein, dass einzelne Kantone alles allein regeln wollten.

Departement verteidigt sich

Das Genfer Bildungsdepartement verteidigt sich heute gegen den Vorwurf, bei der Aufsicht über das Heim Mancy nachlässig gewesen zu sein. Die Schuld sucht es mitunter bei der Justiz selbst. Nach Bekanntwerden der Intervention der Staatsanwaltschaft teilte das Departement in einem Communiqué mit, man habe «im Fall der Medikamentenvergiftung am 1. April 2021, also drei Tage nach dem Vorfall, eine Strafanzeige erstattet». Parallel dazu habe «das Departement umgehend die erforderlichen Verwaltungsverfahren eingeleitet».

Für Natacha Koutchoumov sind das Ausreden. Sie zeigt aktuelle Bilder aus dem Heim, auf denen kaputte Glasscheiben zu sehen sind und ein Pingpong-tisch, der offenbar eine kaputte Tür ersetzt. «Ich kann mich für Elias wehren», sagt sie. Aber auch für alle anderen Kinder. Einige hätten nicht einmal mehr eine Mutter oder einen Vater.

Bundesrat dürfte EU-Sanktionen übernehmen

Ukraine Vieles deutet darauf hin, dass die Schweizer Regierung die EU-Sanktionen gegen Russland doch mittragen will. Heute trifft sie sich zur entscheidenden Sitzung.

Soll die Schweiz die EU-Sanktionen gegen Russland übernehmen? Oder sprechen Bemühungen um Waffenstillstandsgespräche in Genf dagegen? Der Bundesrat wird zu diesen Fragen heute gegen Mittag eine weitere Krisensitzung abhalten. Und vieles deutet auf einen harten Kurswechsel der Landesregierung hin.

Gestern waren in den Departementen die Entscheidgrundlagen und Anträge im Umlauf – Papiere, die bislang fehlten. Für die Vorbereitung von Entscheiden zu Sanktionen ist SVP-Wirtschaftsminister Guy Parmelin zuständig, dessen Vorgehen vergangene Woche in anderen Departementen für Unmut sorgte. Der Bundesrat habe noch gar nicht über den grundsätzlichen Kurs entscheiden können, heisst es. Offenbar plante Parmelin ursprünglich, dem Bundesrat erst Ende dieser Woche Konkretes vorzulegen.

Vermögen einfrieren

Dem Vernehmen nach beantragt Parmelin dem Bundesrat nun zwar, beim bisher skizzierten Weg zu bleiben und lediglich Massnahmen zur Verhinderung der Umgehung von Sanktionen zu beschliessen. Russische Vermögen auf Schweizer Banken sollen aber eingefroren werden. Dieser Punkt scheint nicht mehr umstritten zu sein. Andere Bundesratsmitglieder beantragen allerdings einen anderen Weg: Die Schweiz soll die EU-Sanktionen grundsätzlich mittragen – sowohl bereits beschlossene als auch künftige – und allenfalls Ausnahmen formulieren, sollte es Gründe dafür geben. Dafür zeichnete sich gestern eine Mehrheit ab.

Bundespräsident Ignazio Cassis sagte gestern Abend im Westschweizer Fernsehen RTS, es sei «sehr wahrscheinlich», dass der Bundesrat in diese Richtung gehe. Die beiden SP-Bundesratsmitglieder werden für die Übernahme der EU-Sanktionen plädieren: Simonetta Sommaruga hatte dem Vernehmen nach bereits am Donnerstag darauf gedrängt, dies zu tun und die Umsetzung rasch zu konkretisieren. Alain Berset hat sich im Rahmen eines Interviews mit dieser Redaktion indirekt dafür ausgesprochen.

FDP-Bundesrätin Karin Keller-Sutter bevorzugt ebenfalls diesen Weg, wie es im Bundeshaus heisst. Gestern sagte sie vor Medienvertretern in Brüssel: «Die Massnahmen gegenüber Russland müssen jetzt verschärft werden.» Stimmt auch Mitte-Bundesrätin Viola Amherd für die Übernahme der EU-Sanktionen, wie ihre Partei es fordert, wären die Befürworter in der Mehrheit.

Die EU-Sanktionen würden Massnahmen gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin und Aussenminister Sergei Lawrow sowie den Ausschluss Russlands aus dem Swift-System beinhalten. Nachdem die EU gestern den Luftraum für Flüge von und nach Russland gesperrt hat, wird sich heute auch der Bundesrat mit dieser Frage befassen. Das Bundesamt für Zivilluftfahrt hat diesen Schritt vorbereitet.

Der Druck auf den Bundesrat war in den vergangenen Tagen

stark gestiegen, auch der internationale. Im Inland haben sich alle Parteien ausser der SVP dafür ausgesprochen, dass die Schweiz die EU-Sanktionen gegen Russland vollumfänglich mitträgt. An der Friedensdemonstration vom Samstag in Bern mit gegen 20'000 Teilnehmenden wurde die Regierung für ihr zögerliches Vorgehen ausgepöffelt.

Der Bundesrat begründete seine Zurückhaltung damit, dass sich die Schweiz die Möglichkeit nicht verbauen wolle, eine Vermittlerrolle zu spielen. Laut der «SonntagsZeitung» laufen in Bern intensive Bemühungen mit dem Ziel, in Genf Gespräche zu organisieren. Cassis sagte im Westschweizer Fernsehen, die Schweiz stehe mit beiden Parteien in Kontakt. Von einer baldigen Konferenz in Genf sei aber nie die Rede gewesen.

Für die Parteien würde das ohnehin nichts ändern. SP-Co-Präsident Cédric Wermuth, der an der Friedensdemonstration den Bundesrat heftig kritisierte, sagt: «Ich

«Dennoch ändert das nichts an der Notwendigkeit der Sanktionen.»

Cédric Wermuth
SP-Co-Präsident über eine allfällige Konferenz in Genf

möchte mich beim Aussendepartement ausdrücklich für dieses Engagement bedanken und freue mich enorm, wenn das klappen sollte. Dennoch ändert das nichts an der Notwendigkeit der Sanktionen.» Die Mitte-Partei und die FDP bleiben ebenfalls bei ihrer Forderung. «Das eine tun, das andere nicht lassen», sagt Mitte-Präsident Gerhard Pfister. Und FDP-Präsident Thierry Burkart sagt, er sehe keinen Widerspruch.

Mehrheit der Schweiz dafür

Auch die Mehrheit der Bevölkerung ist der Ansicht, die Schweiz solle die EU-Sanktionen übernehmen. In einer repräsentativen Umfrage des Forschungsinstituts Link, über die der «Sonntags-Blick» berichtet, sprachen sich 52 Prozent der Befragten dafür aus. Ein Viertel ist dagegen, ein weiteres Viertel zeigte sich unentschieden.

Gelegenheit für Gespräche mit der russischen Seite bietet die Zusammenkunft des UNO-Menschenrechtsrats in Genf, die Cassis heute eröffnen wird. Morgen wird der russische Aussenminister Sergei Lawrow in Genf erwartet. In den Verlautbarungen Russlands und der Ukraine wurde die Rhonestadt bisher nicht als möglicher Ort für ein Treffen genannt. Gestern vereinbarten Russland und die Ukraine Verhandlungen an der ukrainisch-weissrussischen Grenze.

Charlotte Walser